



Stadt Bayreuth
Frau Oberbürgermeisterin
Brigitte Merk-Erbe
Luitpoldplatz 13

95444 Bayreuth

19. Juli 2016

Dringlichkeitsantrag nach § 15a GeschO:

Resolution: Stellenabbau von BAT in Bayreuth verurteilen und runden Tisch zur Unterstützung der betroffenen Beschäftigten schaffen

Der Bayreuther Stadtrat wird aufgefordert:

Der Stadtrat protestiert deutlich gegen den erheblichen Stellenabbau von 950 Beschäftigten im Werk von British American Tobacco am Standort Bayreuth. Das Unternehmen ist insgesamt gut aufgestellt – BAT konnte trotz Absatzrückgang im vergangenen Jahr einen Gewinn von rund 5,4 Milliarden Euro erwirtschaften. Die Entscheidung von BAT als gesundes Unternehmen, das weltgrößte Werk für Zigarettenproduktion in Teilen zu schließen, trifft deshalb auf deutliches Unverständnis vonseiten des Stadtrates. Der massive Stellenabbau der British American Tobacco in Bayreuth ist eine Katastrophe für die betroffenen Beschäftigten, für die Region und eine große Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Bayreuth.

Der Stadtrat erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und nimmt die Sorgen der betroffenen Mitarbeiter ernst. Rund zwei Drittel der Jobs gehen durch die Schließung der Zigaretten- und Filterproduktion verloren. Das produzierte Volumen für Fertizigaretten und ausgewählte Halbfabrikate wird bis Ende 2017 nach Polen, Ungarn, Rumänien und Kroatien verlagert – bis Mitte 2018 soll dies abgeschlossen sein.

- Der Stadtrat begrüßt das Strukturprogramm für den Wirtschaftsraum Bayreuth, das von der Stadt Bayreuth, den Kammern und der Universität Bayreuth erarbeitet wurde.
- Der Stadtrat fordert die Staatsregierung auf, dieses Strukturprogramm finanziell zu unterstützen und den betroffenen Beschäftigten der BAT größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.
- Der Bayreuther Stadtrat fordert ein deutliches Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayreuth mit seinen verbleibenden Zweigen (Forschung und Entwicklung u.a.).

- Zudem fordert der Stadtrat, dass sich das Unternehmen seiner Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien stellt und die Zusagen, die vonseiten BAT gemacht wurden, eingehalten werden. Dazu gehören die Einrichtung einer Transfergesellschaft, die Garantie für die Auszubildenden und die Bereitstellung eines Qualifizierungsbudgets. Das Unternehmen BAT ist jetzt gefragt, den Stellenabbau fair und mit möglichst geringen Nachteilen für die betroffenen Beschäftigten zu gestalten.
- Der Stadtrat fordert BAT auf, dass auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird sowie alle Altersteilzeitmöglichkeiten, interne Arbeitsplatzwechsel und Weiterqualifizierungsmaßnahmen mit Nachdruck ausgeschöpft werden.
- Die Stadt Bayreuth muss sich jetzt verantwortungsvoll und gemeinsam mit wichtigen Akteuren der Region im Sinne der Beschäftigten einsetzen. Die **Stadt Bayreuth schafft deshalb einen Runden Tisch**, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAT bestmöglich zu unterstützen. Diese Gruppe, unter der Leitung der Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe, besteht aus Vertretern des Betriebsrates, der Agentur für Arbeit, der Gewerkschaft NGG, der Wirtschaftsverbände und Kammern, Vertretern von Stadt und Landkreis Bayreuth sowie der Universität Bayreuth. Ziel muss es sein, **das vorhandene Arbeitskräftepotenzial in den Arbeitsmarkt der Wirtschaftsregion Bayreuth zu integrieren.**

Beispielhaft kann hier das Handeln der Bamberger Kommune gesehen werden. Sie hat, als 2012 die US-Stationierungstreitkräfte den Truppenabzug ankündigten, einen Runden Tisch hervorgerufen und es geschafft, Kräfte zum Wohl der betroffenen Arbeitnehmer zu bündeln. So gab es zum Beispiel in Bamberg eine zentrale Koordinierungsstelle bei der Agentur für Arbeit, an die sich sowohl betroffene Arbeitnehmer als auch interessierte Arbeitgeber der Region wenden können. Weitere Themen waren die Möglichkeiten der Unterstützung bei notwendigen Qualifizierungen für den Arbeitsmarkt und die Vernetzung der verschiedenen Akteure. Der überwiegende Teil der Betroffenen konnte durch diesen Schulterschluss eine neue Zukunft finden. Dieses Beispiel zeigt, dass durch Vernetzung der politischen und wirtschaftlichen Akteure viel erreicht werden kann.